

Frank Decker

Von Schill zu Möllemann. Über die Chancenlosigkeit des Populismus in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland weist der parteiförmig organisierte Populismus eine zwiespältige und – im Vergleich zu den bisher betrachteten Ländern – bescheidene Erfolgsbilanz auf. Nicht nur, daß die populistischen Parteien hierzulande recht spät in Erscheinung getreten sind; achtbare Wahlergebnisse erzielten sie erst gegen Ende der achtziger Jahre. Ihre Erfolge blieben dabei auf die kommunale und die Länderebene beschränkt und waren auch dort zumeist nur von kurzer Dauer. Lediglich in Baden-Württemberg ist es den Republikanern (REP) 1996 gelungen, ihr Wahlergebnis von 1992 annähernd zu bekräftigen (9,1 gegenüber 10,9 Prozent). In den übrigen Ländern konnte sich die Partei ebenso wenig etablieren wie die rechtsextreme Konkurrenz von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Volksunion (DVU)¹ oder andere Neugründungen, die eine gemäßigte Version des Populismus bevorzugten (Statt-Partei und Bund Freier Bürger). Die Bundesrepublik schien gegen das Phänomen offenbar immun.

Mit dem Sensationserfolg der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 23. September 2001 drohte diese Gewißheit auf einmal zu schwinden. Noch nie zuvor war es einer Partei geglückt, bei einer Landtagswahl aus dem Stand ein so hohes Ergebnis zu erzielen (19,4 Prozent). Beobachter und Experten stellten sich daraufhin gebannt die Frage, ob es der Partei wohl gelingen würde, ihren Erfolg über die Grenzen der Hansestadt hinaus zu tragen – eine Absicht, die Parteigründer und Namensgeber Ronald B. Schill nicht verhehlte. Die weitere Entwicklung sollte dies schon bald mit einem Nein beantworten. Die Wahl in Hamburg hatte gezeigt, daß unter den besonderen Bedingungen eines Stadtstaates rechtspopulistische Parteien durchaus über gewisse Erfolgschancen verfügen. Diese Bedingungen lassen sich aber auf andere Bundesländer oder die nationale Ebene nicht unbedingt

¹ Eine modernisierte Neuauflage des alten Rechtsextremismus, der seine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut nicht verbergen kann, fällt die DVU aus der rechtspopulistischen Parteienfamilie heraus und wird daher im folgenden nur am Rande betrachtet. Die Notwendigkeit, sie nicht ganz außer acht zu lassen, ergibt sich aus dem Konkurrenzverhältnis der DVU zu den Republikanern. Auch wenn zwischen beiden Parteien ideologisch und organisatorisch deutliche Unterschiede bestehen, stellen sie aus der Sicht des Wählers weitgehend austauschbare Protestäquivalente dar.

übertragen. Den bundespolitischen Durchbruch hat in der Bundesrepublik bisher noch keine Rechtsaußenpartei geschafft. Nachdem die NPD 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen nur knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben war (womit sie das Zustandekommen der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt fast verhindert hätte), bewegten sich die zusammengenommenen Stimmenanteile von Republikanern, DVU und NPD in den neunziger Jahren in einer für das Parteiensystem unerheblichen Größenordnung. Den einzigen beachtenswerten Erfolg auf der Bundesebene erreichten die Republikaner 1989 bei den – vergleichsweise unbedeutenden – Europawahlen (mit 7,1 Prozent).

Gründe für das Scheitern des neuen Rechtspopulismus

Das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland wirkt erstaunlich, wenn man ihm die Erfolgsbilanz der neuen Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern gegenüberstellt. Wie läßt sich diese relative Schwäche erklären? Richten wir dazu den Blick zuerst auf die Nachfrageseite des Wählers und den gesellschaftlichen Entstehungshintergrund des Populismus. Die Politikwissenschaft geht heute übereinstimmend davon aus, daß die neuen Parteien Ausdruck einer tiefgreifenden Vertrauens- oder Repräsentationskrise der demokratischen Politik sind, die auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückgeführt werden kann. Schenkt man den Analysen Glauben, finden die Populisten vor allem bei jenen Zuspruch, die das Gefühl haben, zu den benachteiligten und abstiegsbedrohten Gruppen der Gesellschaft zu gehören. Es handelt sich also um ein Protestphänomen, das mit den Folgen der Individualisierung zu tun hat und von dem Bedürfnis nach Identität kündigt. Ins Zentrum der populistischen Aversionen rücken dabei die Fremden.²

Ist diese Diagnose richtig, so trifft sie auf die Bundesrepublik sicher nicht weniger zu als auf andere westliche Länder, die unter den Folgen der Modernisierungsprozesse leiden. In der ostdeutschen Teilgesellschaft, wo durch die Umstände und das Tempo des Systemwechsels ganze Bevölkerungsschichten in Anomie gefallen sind, dürfte das Potential für eine Partei oder Bewegung von rechts sogar überdurchschnittlich groß sein. Die Virulenz der gesellschaftlichen Faktoren wird auch durch das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt belegt, das in Deutschland höher ist als in anderen Ländern. Anders als in Frankreich oder Dänemark verfügen die fremdenfeindlichen Positionen hierzulande über keine offizielle Stimme, die zur Enttabuisierung der öffentlichen Debatte beitragen könnte. Deshalb werden sie unter der Decke

² H.-G. BETZ, *Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (2002), S. 252 ff.; F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004, S. 195 ff.

gehalten und gerade so in die dumpferen Kanäle der Gewalt und des Sektierertums abgedrängt.³

Wenn es am gesellschaftlichen Nährboden des Protests in der Bundesrepublik nicht mangelt, müssen die konkreten Ursachen für das Scheitern der neuen Rechtsparteien im politischen Bereich gesucht werden. Der internationale Vergleich verweist hier zunächst auf ungünstige Rahmenbedingungen des Regierungssystems. So sorgt z.B. der Föderalismus dafür, daß die bundesdeutschen Wähler ihrem Unmut nicht unbedingt bei den gesamtstaatlichen (Bundestags-)Wahlen Luft zu machen brauchen. Stattdessen können sie auf die als unwichtiger empfundenen Landtags- oder Europawahlen ausweichen, deren Korrektivfunktion insofern über die tatsächliche Stärke der Rechtsparteien hinwegtäuscht. Auch die Fünf-Prozent-Klausel hat die Zugangschancen der neuen Herausforderer zum Parteiensystem beschnitten. Die institutionellen Barrieren sind allerdings eher ein Symptom als der wahre Grund der Mobilisierungsschwäche: Selbst bei niedrigeren Schwellen würden die Newcomer in der deutschen Öffentlichkeit einen schweren Stand haben. Das eigentliche Problem liegt in der politischen Kultur. Weil der Populismus hierzulande in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muß, entwickeln die Medien ihm gegenüber Berührungsängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die Rechtsparteien der ständigen Gefahr aussetzen, in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt zu werden.⁴ Diese Versuchung dürfte auch mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Vergangenheit erhalten bleiben.

Ein zweites entscheidendes Erfolgshindernis hängt mit der Stigmatisierung zusammen: die Unfähigkeit der Parteien, sich als politische Kraft zu etablieren. Bezeichnend für die Durchsetzungsschwäche des neuen Populismus ist seine organisatorische Zersplitterung. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des populistischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese Stränge in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich ihre Stimmen dadurch gegenseitig wegnehmen. Die hier betrachteten Fälle – Republikaner, Statt-Partei, Bund Freier Bürger und Schill-Partei – haben sich, was ideologische Ausrichtung und elektorale Strategie betrifft, wechselseitig kaum beeinflußt. Ihre Agenden werden von ganz unterschiedlichen Themen beherrscht, die in der jeweiligen Programmatik oben stehen: bei den Republikanern war und ist das die Ausländerfrage, bei der Statt-Partei die institutionelle Reform des Parteienstaates, beim Bund Freier Bürger die Ablehnung des europäischen Maastricht-Prozesses, bei Schill die innere Sicherheit. Andere Themen bleiben dem untergeordnet oder werden nur am Rande behandelt.

³ R. KOOPMANS, *A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe*, Berlin 1995 (ein Discussion Paper des Forschungsschwerpunktes III: *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des Wissenschaftszentrums Berlin).

⁴ H. BERGSDORF, *Rechtsextreme Parteien in Deutschland und Frankreich: durch das Fernsehen bekämpft oder befördert?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (1998), S. 449–459.

Die Uneinigkeit hat sowohl zufällige als auch strukturelle Ursachen. Zu den zufälligen Faktoren gehört das Fehlen einer überzeugenden Führerfigur. Ein Blick auf die Nachbarstaaten zeigt, daß sich Entstehung und Durchbruch des neuen Rechtspopulismus ausnahmslos mit der Leistung einzelner Führungspersönlichkeiten – Bossi, Berlusconi, Le Pen, Haider – verbinden, deren charismatische Eigenschaften ihren deutschen Gegenstücken offenbar abgehen. Allein der frühere Republikaner-Chef Schönhuber ist mit seinen Qualitäten der Vorstellung eines charismatischen Führers nahe gekommen. Dies machte sich in der Erfolgsbilanz der Partei bis 1994 positiv bemerkbar, konnte Schönhuber selbst vor dem Scheitern allerdings nicht bewahren.

Dies verweist auf den anderen, strukturellen Faktor: das Funktionieren der Organisation. Wie das Beispiel des Front National in Frankreich gezeigt hat, können selbst erfolgreiche Parteien an Rivalitäten und Richtungskämpfen zerbrechen, wenn die Voraussetzungen eines geregelten Konfliktaustrags nicht mehr gegeben sind. Bei den bundesdeutschen Rechtsparteien kommt erschwerend hinzu, daß sie eine unwiderstehliche Sogwirkung auf Gruppierungen und subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager ausüben. Selbst gemäßigte Vertreter des Rechtspopulismus sind nicht davor gefeit, durch rechtsextreme Personen und Gruppen unterwandert zu werden, die auf diese Weise aus der politischen Isolierung hinaustreten wollen. Auch hier tut der ‚Schatten Hitlers‘ also weiterhin seine Wirkung.⁵

Bleibt schließlich die Frage nach den politischen Gelegenheiten. In diesem Punkt ist das Bild auf merkwürdige Weise gespalten. Nimmt man allein die Regierungskonstellation, dann hätten sich die Mobilisierungschancen der Rechtsparteien in der 16-jährigen Ära Kohl eigentlich verbessern müssen. Ihr mäßiges Abschneiden scheint also darauf hinzudeuten, daß die von den Herausforderern thematisierten Probleme in der Bundesrepublik entweder keine große Rolle spielten oder von den Altparteien gut abgedeckt wurden. Der internationale Vergleich zeigt, daß der neue Rechtspopulismus seine Unterstützung vorrangig aus drei Themen bezieht: Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat und Migration. Den größten Zuspruch verzeichnen dabei diejenigen Parteien, die aus allen Themen gleichzeitig Kapital schlagen und sie zu einer dauerhaften Gewinnerformel verbinden. Die deutschen Vertreter des Populismus waren und sind davon weit entfernt. Der Parteienstaat beispielsweise mag unter Intellektuellen regelmäßig Kontroversen auslösen,⁶ wird aber in der breiten Bevölkerung zumeist nur anlässlich von Skandalen virulent. Auch das Wohlfahrtsstaatsthema würde in der Bundesrepublik sicher nicht weniger Anknüpfungspunkte für eine Profilierung bieten als in anderen europäischen Ländern. Nachdem mit Hermann Fredersdorfs Bürgerpartei die Erstauflage einer Steuersenkungspartei in den siebziger Jahren gescheitert war,⁷ wurde das Thema in den Neunzigern von den neuen Kräften jedoch nicht (oder nur halbherzig) bedient – den Nutzen hatten die

5 R. KARAPIN, *Radical Right and Neo-Fascist Political Parties in Western Europe*, in: *Comparative Politics* 30 (1998), S. 225.

6 H. H. ARNIM, *Das System. Die Machenschaften der Macht*, München 2001.

7 D. MURPHY u.a., *Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebelln. Ursachen und Perspektiven*. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 69 ff.

FDP sowie Teile der Union. Ein weiteres Erschwernis für die neuen Parteien stellten die Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses dar. Nicht nur, daß es in der ehemaligen DDR an einer breiten Mittelschicht fehlte, aus der sich der Anhang des Populismus hätte speisen können; auch die reichlich vorhandene Unzufriedenheit wirkte sich dort nicht zu Gunsten der Newcomer aus, da mit der PDS eine andere, genuin ostdeutsche Protestalternative bereitstand.⁸ Die Kombination von linkem und regionalistischem Populismus sicherte der SED-Nachfolgepartei in den neuen Ländern Stimmenanteile, von denen ihre rechtspopulistischen Konkurrenten im Westen nur träumen konnten.

Auch die mit der Migration verbundenen Probleme sind in der Bundesrepublik nicht zu einem permanenten Erfolgsgaranten der neuen Rechtsparteien geworden – so wie in Frankreich, Belgien, Norwegen oder Dänemark. Nachdem das Asylproblem 1993 von der Agenda verschwunden war, neigte sich deren Stimmenkurve bald wieder nach unten. Die Populisten mußten erkennen, daß ihnen die Ausländerpolitik unter normalen Bedingungen nur wenige Angriffsflächen bot. Symptomatisch dafür ist die Art und Weise, wie das Thema von den beiden Volksparteien angegangen oder vielmehr *nicht* angegangen wurde. Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich einen der höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile aufweist, konnte die offizielle Regierungspolitik lange Zeit auf der Vorstellung – Kritiker würden sagen: Fiktion – beharren, wonach die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei und jeglicher Form des Multikulturalismus eine Absage erteilen. Daß die Kohl-Regierung sich beeilte, das Asylrecht im Wege einer Verfassungsänderung einzuschränken, war angesichts des vorhandenen Problemendrucks in dieser Frage nachvollziehbar. Im übrigen konnte sie sich jedoch nicht zu einer Änderung ihrer Politik durchringen. Weder kam es zu verstärkten Integrationsbemühungen für die schon im Land lebenden Migranten, noch war die Union bereit, die faktischen, von ihr in Teilbereichen (Spätaussiedler) sogar selbst beförderten Zuwanderungsprozesse in ein ausländerpolitisches Gesamtkonzept einzubetten, das über den Tag hinauswies. Nennenswerten Widerstand von Seiten der Sozialdemokratie brauchte sie bei alledem nicht zu befürchten.⁹

Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger

Erfolgreichste unter den erfolglosen neuen Rechtsparteien in der Bundesrepublik sind die Republikaner.¹⁰ 1983 von den früheren CSU-Mitgliedern

⁸ F. WALTER/T. DÜRR, *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor*, Berlin 2000, S. 179 ff.

⁹ R. KARAPIN, *Explaining Far-Right Electoral Successes in Germany. The Politicization of Immigration-Related Issues*, in: *German Politics and Society* 16 (1998), S. 24–61.

¹⁰ Zu den Republikanern liegen inzwischen zahlreiche monographische Darstellungen vor. Vgl. z.B. H.-G. JASCHKE, *Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußenpartei*, Bonn 1994³ sowie für die Zeit nach 1994 ST. THOMCZYK, *Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994*, Konstanz 2001.

und Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt aus Protest gegen den von Franz Josef Strauß betriebenen Kurswechsel in der Ost- und Deutschlandpolitik gegründet, verstand sich die Partei zunächst als rechtskonservative Alternative zur Union, was ihr im bürgerlichen Lager eine gewisse Reputation verschaffte. Der gleichzeitige Zustrom von rechtsextremen Kräften sorgte jedoch schon bald dafür, daß sich die innerparteiliche Balance zugunsten derjenigen verschob, die – wie der Fernsehjournalist Franz Schönhuber – einem stärker nationalpopulistischen Kurs das Wort redeten. Nach der Entmachtung des Vorsitzenden Handlos durch Schönhuber wurden die Brücken zum organisierten Rechtsextremismus verstärkt (1985). Eine Zusammenführung der verschiedenen rechtsextremen Vertreter – so wie sie Le Pen in Frankreich gelungen war – stand für Schönhuber aber nicht zur Debatte: Republikaner, DVU und NPD gingen getrennte Wege und konnten sich nur in Ausnahmefällen zu einem koordinierten Vorgehen entschließen. Die Republikaner blieben daher in einem strategischen Dilemma gefangen: Auf der einen Seite konnte und wollte die Partei ihre Verbindungen ins rechtsextreme Lager nicht lösen; auf der anderen Seite bemühte sie sich, der Stigmatisierung als rechtsextrem zu entgehen.

Nach Schönhubers unfreiwilligem Abgang im Jahre 1994 gerieten die Republikaner unter dem neuen Vorsitzenden Ralf Schlierer in ein ruhigeres Fahrwasser, was sich elektoral jedoch kaum auszahlte. Einzige Ausnahme war die baden-württembergische Landtagswahl von 1996, bei der es ihnen gelang, ihr Ergebnis von 1992 annähernd zu bestätigen.¹¹ Die Kehrseite von Schlierers gemäßigterem Kurs war, daß die Partei nun keinen nennenswerten populistischen Elan mehr entwickelte. Schuld daran trug neben der mangelnden charismatischen Ausstrahlung des Parteiführers auch die einseitige Konzentration auf das Ausländerthema. Um sich als Vertreter einer veritablen Neuen Rechten zu empfehlen, hätten die Republikaner ihre programmatische und Wählerbasis verbreitern müssen. So aber ist es ihnen weder gelungen, die altrechten Tendenzen im eigenen Bereich zu neutralisieren, noch waren sie imstande, dem bürgerlichen Lager ernsthaft zuzusetzen oder auch nur das Aufkommen populistischer Konkurrenzparteien zu verhindern.

Die Hamburger Statt-Partei verstand sich im Unterschied zu den Republikanern von vornherein als bürgerliche Protestbewegung.¹² Gegründet wurde sie 1993 vom früheren CDU-Mitglied Markus Wegner, der seiner Partei aus Verärgerung über die demokratiewidrigen Zustände ihres Landesverbandes den Rücken gekehrt hatte. Wichtigstes Mobilisierungsthema der neuen Gruppierung waren die Überdehnungen des Parteienstaates, wofür die Verhältnisse im Stadtstaat Hamburg besonders gutes Anschauungsmaterial

¹¹ U. EITH, *Die Republikaner in Baden-Württemberg. Mehr als nur populistischer Protest*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 243–261.

¹² Vgl. F. DECKER, *Die Hamburger Statt-Partei. Ursprünge und Entwicklung einer bürgerlichen Wählerbewegung*, in: *Jahrbuch für Politik* 4 (1994), S. 249–294; J. HOFFMANN, *STATT Partei. Das Scheitern einer bürgerlichen Protestpartei*, in: W. GELLNER/H.-J. VEEN (Hrsg.), *Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen*, Frankfurt a.M. u.a. 1995, S. 195–221.

boten. Mit 5,6 Prozent der Stimmen gelang der eben erst gegründeten Wählerversammlung im September 1993 auf Anhieb der Sprung in die Bürgerschaft, wo sie mit der SPD zusammen die neue Regierung bildete. Hoffnungen auf eine Etablierung in anderen Ländern und auf der Bundesebene mußten aber rasch begraben werden, nachdem sich zeigte, daß man schon durch die Regierungsbeteiligung in Hamburg überfordert war. Fortlaufende innerparteiliche Querelen führten Ende 1994 zur Entmachtung Markus Wegners und dessen Rückzug aus der Partei, die ihre Position in der Regierung dadurch weiter verschlechterte. 1997 verpaßte die Statt-Partei mit 3,8 Prozent den nochmaligen Einzug in das Landesparlament und spielt seither in der Hamburger Politik keine nennenswerte Rolle mehr. Auch die anderen Landesverbände sind bislang bedeutungslos geblieben.

Das Scheitern war aus einer Reihe von Gründen vorgezeichnet. Erstens bekam die Statt-Partei das Problem der rechtsextremen Trittbrettfahrer nicht in den Griff, sodaß ihr öffentliches Ansehen bald Schaden nahm. Zweitens fehlte es den Mitgliedern und Funktionären an der nötigen Professionalität, um die Gleichzeitigkeit von Parteaufbau und selbst auferlegter Regierungsrolle zu bewerkstelligen. Da die Partei mit hehren demokratischen Grundsätzen angetreten war, mußte sie sich an diesen Grundsätzen natürlich messen lassen. Verschärft wurde das Problem durch den autoritären Führungsstil Wegners, der sich mit den Bedürfnissen einer partizipationsbereiten Parteibasis schlecht vertrug. Für Konflikte sorgte dabei neben der Persönlichkeit des Gründers auch das ungeklärte Selbstverständnis der Partei, deren Programmatik sich auf das Metathema einer institutionellen Reform weitgehend beschränkte. Eine bessere Integration ihrer heterogenen Anhängerschaft hätte verlangt, daß die Statt-Partei das Projekt einer Bürger- oder Zivilgesellschaft in politikinhaltlicher Hinsicht weiter verfolgt. Dazu konnte sie aber keine überzeugenden Beiträge liefern – weder in Bezug auf die institutionelle Seite noch bei der alltäglichen Gestaltung der ‚Bürgerpolitik‘, die sie mitunter mit bloßer Interessen- und Kirchtumspolitik verwechselte.

Der Bund Freier Bürger (BFB) wurde – ebenfalls 1993 – vom früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet.¹³ Anlaß war die von der Bundesregierung betriebene Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Nachdem das Bundesverfassungsgericht Brunners Klage gegen den Maastricht-Vertrag verworfen hatte, sollte die ‚D-Mark-Partei‘ – so die Selbstbezeichnung – den Widerstand auf politischem Gebiet fortsetzen. Der Bund Freier Bürger bettete die Europakritik in ein weiter gefaßtes populistisches Konzept ein, das in der Verbindung von konservativen und liberalen Programmelementen an das Erfolgsrezept der österreichischen FPÖ erinnerte. Im Unterschied zu dem Vorbild gelang es ihm aber nicht, die für einen Wahlerfolg gebotene Durchschlagskraft zu entfalten. Der wählerwirksamen Ausstrahlung stand z.B. im Wege, daß die Partei keine wirklich prominenten Überläufer in ihren Reihen verzeichnete, wofür sich vor allem der nationalliberale Flügel der FDP angeboten hätte. Ein weiteres Problem stellte der hohe Professorenanteil unter den Vorstandsmitgliedern dar, der

¹³ F. DECKER, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2000, S. 177 ff.

mit den Erfordernissen einer volksnahen Strategie ebenso wenig in Einklang zu bringen war wie die spröde wirkende Person des Vorsitzenden selbst. Schließlich blieben Brunner und seine Bürgerbewegung von dem Vorwurf nicht verschont, daß sie bei der Abgrenzung nach rechtsaußen zu lasch verfahren würden; insbesondere die Kontakte zur FPÖ sorgten dabei für innerparteilichen Zündstoff und verschlechterten das Bild der Partei in der Öffentlichkeit.

All das zusammengenommen führte dazu, daß der BFB den für einen elektoralen Durchbruch notwendigen Anfangserfolg nicht schaffte. Bei der Europawahl 1994 kam die Bürgerbewegung auf ganze 1,1 Prozent der Stimmen. Und bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1997 – der letzten Landtagswahl vor dem geplanten Startschuß für den Euro – blieb sie bei enttäuschenden 1,3 Prozent stehen. Versuche von Teilen der Führung, die Mißerfolgsserie durch eine Abkehr von der gemäßigten Linie zu beenden, stießen auf den entschiedenen Widerspruch Brunners, der seinen Vorsitz daraufhin niederlegte und den BFB Ende 1998 verließ. Inzwischen hat die Partei aus der Malaise die Konsequenzen gezogen und sich auch offiziell aufgelöst.

Die mißlungene Bundesausdehnung der Schill-Partei

Das sensationelle Wahlergebnis der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl hat gezeigt, daß die Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik nicht von Dauer bleiben muß. Die neugegründete Partei konnte triumphieren, weil sie einen Großteil der zuvor als Restriktionen genannten Bedingungen erfüllte: Erstens gab es für sie in Hamburg durch das Kriminalitätsthema eine optimale politische Gelegenheitsstruktur, zweitens war ihr Gründer als früherer Amtsrichter im bürgerlichen Lager salonfähig, sodaß man ihn also nicht ohne weiteres als Rechtsextremisten in die Ecke stellen konnte, und drittens verfügte Schill über genügend Ausstrahlungskraft und populistische Begabung, um die Nähe zum umworbenen Volk herzustellen.¹⁴

Ihre hochfliegenden Hoffnungen auf eine Bundesausdehnung mußte die Partei jedoch bald begraben. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai 2002 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde und verpaßte so den für eine erfolgreiche Bundestagswahlkampagne dringend benötigten Wiederholungserfolg.¹⁵ Vor diesem Hintergrund erwies sich die Entscheidung, bei der Bundestagswahl im September anzutreten, als fatal. Sie erfolgte gegen den Rat von Schill, dessen Warnungen an der Basis allerdings kein Gehör fanden. Das schwache Wahlergebnis gab dem Parteigründer Recht: Die Schill-Partei fiel mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen auf das Niveau einer Splitterpartei

¹⁴ B. BAUMANN, *Ronald B. Schill. Ein gnadenloser Scharfmacher*, in: M. JUNGWIRTH (Hrsg.), *Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten*, Graz 2002, S. 62–73; F. DECKER, *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schill-Partei*, in: WERZ (wie Anm. 11), S. 223–242.

¹⁵ M. CARINI/A. SPEIT, *Ronald Schill. Der Rechtssprecher*, Hamburg 2002, S. 167 ff.

zurück. Schill verlor daraufhin das Interesse an einer weiteren Expansion. Um seine angekratzte Position in Hamburg nicht noch weiter zu beschädigen, zog er sich ganz auf die Landespolitik zurück, wo er nach der gewonnenen Bürgerschaftswahl das Amt des Innensenators übernommen hatte. Die zwischenzeitlich gegründeten Landesverbände dümpelten in der Folge ebenso perspektivlos vor sich hin wie die Bundespartei. Diese bestimmte im Februar 2003 ausgerechnet Schills Hamburger Stellvertreter Mario Mettbach zu ihrem Vorsitzenden, der sich als ehemals führendes Mitglied der Statt-Partei mit gescheiterten Neugründungen gut auskannte.

Dabei hätte gerade das Schicksal der Statt-Partei Schill eine Warnung sein müssen. Auch sie hatte die Bundesausdehnung im Überschwang ihres Hamburger Wahlerfolgs viel zu eilig in Angriff genommen und sich damit die Probleme aufgeladen, unter denen jetzt auch die Schill-Partei litt: Trittbrettfahrer aus dem rechtsextremen Lager, mangelnde Professionalität in der politischen Arbeit und innerparteiliche Streitigkeiten. Letzteres ging so weit, daß sich Schill bemüßigt fühlte, der eigenen Partei in aller Öffentlichkeit ein ‚Querulantenproblem‘ zu attestieren, um sie von falschen Entscheidungen abzuhalten – wie sich zeigte vergebens. Das öffentliche Bild der neuen Gruppierung verschlechterte sich dadurch rapide. Dasselbe gilt für die Wahrnehmung der Regierungsrolle. Die Entzauberung des Politikers Schill setzte bereits bei den Koalitionsverhandlungen ein, als der frühere Amtsrichter ein Wahlversprechen nach dem anderen zurücknehmen mußte. Zusätzlich beschleunigt wurde sie durch die zahlreichen Pannen und Affären, die der frisch gebackene Innensenator zu Beginn seiner Amtszeit anhäuften – von Filzvorwürfen in der Personalpolitik bis hin zu ihm unterstellten Kontakten ins halbseidene Milieu.¹⁶ Sie erschütterten Schills Image als Saubermann gerade unter den bürgerlichen Wählern und trugen dazu bei, daß die eben erst gegründete Partei ihren Kredit (auch bei der Presse) in Rekordzeit verspielte.¹⁷

Selbst wenn sie ihre Regierungsrolle in der Hansestadt besser ausgefüllt und die organisatorischen Probleme bei der Ausweitung halbwegs in den Griff bekommen hätte, wäre ein bundespolitischer Durchbruch der Schill-Partei im Jahre 2002 einer Sensation gleichgekommen. Der Erfolg in Hamburg verdankte sich einer spezifischen örtlichen Situation, die auf andere Länder und den Bund nicht ohne weiteres übertragbar war. Für die monothematische Ausrichtung des Wahlkampfes spielte es gewiß eine Rolle, daß hinter dem Kriminalitätsproblem ein tiefer verwurzeltetes Unsicherheits- und Entfremdungsgefühl stand, das die Wähler für die Parolen der Schill-Partei empfänglich machte. Schills Populismus war insofern durchaus anschlussfähig. Um über Hamburg hinaus erfolgreich zu sein, hätte ihn die Partei aber auf eine breitere Grundlage stellen müssen. Dem standen zwei wesentliche Hemmnisse entgegen. Zum einen sorgte die Regierungskonstellation im Bund dafür, daß potentielle Mobilisierungsthemen wie Arbeitslosigkeit und Zuwanderung in den Händen der regulären Opposition gut aufgehoben

¹⁶ CARINI/SPEIT (wie Anm. 15), S. 118 ff.

¹⁷ J. RASCHKE/R. TILS, *CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47 (2002), S. 50 f.

waren. Für die rechte Konkurrenz standen sie damit nur begrenzt zur Verfügung. Zum anderen mangelte es dem Herausforderer an einem ideologischen Fundus, auf dem ein Themenwahlkampf programmatisch hätte aufbauen können. Anders als etwa Pim Fortuyn in den Niederlanden hatte Schill nicht das intellektuelle Format, um die Partei als ernstzunehmende Alternative auf Bundesebene zu profilieren. Die politische Phantasie des ‚Politikers wider Willen‘ (Schill über Schill) reichte über die Grenzen seiner Heimatstadt kaum hinaus. Des weiteren war es Schill nicht gelungen, prominente Überläufer aus anderen Parteien zu rekrutieren, was von den Wählern als politischer Fingerzeig hätte verstanden werden können.

Mit einer Rede im Deutschen Bundestag drei Wochen vor der Bundestagswahl unternahm der Parteigründer einen letzten verzweifelten Versuch, sich als nationale Größe öffentlich in Erinnerung zu bringen. Dieser Auftritt, der selbst von Parteifreunden als peinlich empfunden wurde und die Hamburger Koalition um ein Haar zu Fall gebracht hätte, markierte symbolhaft das Scheitern seiner bundespolitischen Ambitionen. Ein Jahr später kam es dann auch in der Hansestadt zum Eklat. Nachdem Schill Bürgermeister Ole von Beust gedroht hatte, dessen angeblich homosexuelle Beziehung zum Justizsenator Roger Kusch publik zu machen, wurde er aus dem Amt des Innensensors entlassen. Um die Teilnahme an der Koalition nicht zu gefährden, ging die Schill-Partei daraufhin zu ihrer einstigen Galionsfigur auf Distanz. Die Spaltung der Schill-Fraktion in der Bürgerschaft veranlaßte Bürgermeister von Beust, vorzeitige Neuwahlen auszuschreiben, aus denen die Union im Februar 2004 als triumphaler Sieger hervorging. Die Rechtspopulisten erlebten unterdessen einen noch tieferen Abstieg als seinerzeit die Statt-Partei: Während die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO), wie sich die Schill-Partei offiziell nennt, ohne ihr Aushängeschild bei kläglichen 0,4 Prozent der Stimmen stehen blieb, kam die Pro-DM-Partei, der sich Schill nach seiner Verbannung aus der PRO angeschlossen hatte, immerhin noch auf 3,1 Prozent, die aber ebenfalls das parlamentarische Aus bedeuteten. Der frühere Amtsrichter erklärte daraufhin seinen Rückzug aus der Politik und kündigte an, ausgerechnet nach Lateinamerika auswandern zu wollen – eine Weltregion, in der Populisten traditionell einen starken Stand haben.

Möllemann und das ‚Projekt 18‘ der FDP: Eine rechtspopulistische Fata Morgana

Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt, daß es sich bei den rechtspopulistischen Vertretern in der Regel um Neugründungen oder Abspaltungen von bestehenden Parteien handelt. Bei solchen Gruppierungen ist das Risiko groß, daß sie allein aus organisatorischen Gründen scheitern. Mit der FPÖ und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gibt es allerdings zwei markante Ausnahmen. Beide Vertreter wurden erst in den achtziger Jahren unter der Ägide Jörg Haiders bzw. Christoph Blochers zu rechtspopulistischen Parteien transformiert. Bezogen auf die deutsche Situation ist hier insbesondere der österreichische Fall von Interesse. Auch in der Bundesrepublik existiert ja mit der FDP eine Partei, die traditionell zwischen rechts- und linksliberalen Programminhalten changiert. Im Unterschied zu Österreich, wo die nationa-

len Wurzeln des Liberalismus stets lebendig blieben und von Haider als Parteiobmann lediglich aktiviert werden mußten, wurden diese Wurzeln in der deutschen FDP jedoch frühzeitig gekappt, sodaß die Partei mit ihrem Pendant wenig mehr als den Namen gemeinsam hatte. Rechte Abspaltungen wie der Bund Freier Bürger blieben aus diesem Grund chancenlos und brauchten von der FDP nicht ernsthaft gefürchtet zu werden.

Umso überraschender war, daß im Bundestagswahljahr 2002 ein neuer Versuch einer Transformation der Partei unternommen wurde, der den Rechtspopulismusverdacht nährte – diesmal aus ihrer Mitte heraus. Den Anlaß lieferten die enttäuschenden Wahlergebnisse, die die FDP seit 1998 erzielt hatte. Zwar konnte sie als Oppositionspartei in der Wählergunst wieder zulegen, doch verdankte sich das in erster Linie einer durch die Parteispendenaffäre ins Straucheln geratenen Union und nicht eigenem Zutun. Die Schwäche der FDP wurde auch im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarländern offenbar, wo ihre (rechts)liberalen Schwestern das Ghetto der Einstelligkeit längst verlassen hatten (Belgien, Niederlande, Dänemark). Vor diesem Hintergrund erhielten diejenigen in der Partei Auftrieb, die der FDP empfahlen, sich durch eine strategische Neupositionierung verstärkt für neue Wählerschichten zu öffnen. Am lautesten vertreten wurde diese Position von Jürgen W. Möllemann, der als Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender war. Mit einem konsequent geführten Medienwahlkampf hatte Möllemann bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2000 für seine Partei ein unerwartet gutes Ergebnis eingefahren.¹⁸ Mit diesem Erfolg im Rücken konnte er die Ablösung des ungeliebten Bundesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt betreiben und den neuen Parteichef Guido Westerwelle auf das von ihm konzipierte ‚Projekt 18‘ verpflichten, das aus der FDP eine liberale Volkspartei machen sollte. Westerwelle war für die Neuausrichtung empfänglich, wollte diese aber im wesentlichen auf eine Popularisierung der Wähleransprache begrenzt wissen. Eine programmatische Öffnung nach rechts hatte der Vorsitzende nicht im Sinn; deshalb vermied er es, die Debatte über die ideologischen Implikationen des ‚Projekts 18‘ innerhalb der Partei zu führen.

Auch Möllemann hielt sich, was diese Implikationen anging, zunächst bedeckt. Der Verdacht, er wolle die Grundachse der Liberalen nach rechts verschieben, kam erst im Frühjahr 2002 auf, als sich die Partei für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf rüstete. Möllemann hatte das Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, in mehreren Interviews scharf angegriffen und dabei den Eindruck erweckt, er würde mit antisemitischen Klischees spielen. Kritiker werteten dies als gezielten Versuch, die FDP nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ auf einen rechtspopulistischen Kurs zu führen.¹⁹ Sie fühlten sich in diesem Verdacht durch die Person von Möllemanns Wahlkampfberater, Fritz Goergen, bestärkt, der aus Österreich stammte und die Bedingungen von Haider's Aufstieg vor Ort gründlich studiert hatte.

¹⁸ T. LÜTJEN/F. WALTER, *Der wahre Möllemann*, in: *Berliner Republik* 4 (2002), S. 44–51.

¹⁹ H.-H. SCHARSACH, *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*, Wien 2002, S. 126 ff.

Der Rechtspopulismusverdacht ging freilich aus zwei Gründen an der Sache vorbei. Der erste Grund betrifft die Vorgeschichte der als antisemitisch gebrandmarkten Interviewäußerungen, denen eine massive Kritik Möllemanns an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina vorausgegangen war, auf die sich die Reaktion Friedmans bezog. Möllemann war in dieser Angelegenheit ein ‚Überzeugungstäter‘, der aus seinem pro-arabischen Standpunkt in der Nahostfrage nie einen Hehl gemacht hatte. Die Attacken auf Michel Friedman entsprangen insofern nicht einer langfristig vorgeplanten politischen Strategie, sondern trugen eher spontanen Charakter und waren ein Produkt von Möllemanns impulsivem Charakter. Der zweite Grund bezieht sich auf die mit den inkriminierten Aussagen angeblich verbundenen Absichten. Wenn Möllemann tatsächlich eine rechtspopulistische Kursänderung der FDP verfolgt hätte, war der Antisemitismus dafür das denkbar ungeeignetste Thema. Populisten müssen, wenn sie in der Bundesrepublik Erfolg haben wollen, einer Stigmatisierung als rechtsextrem unter allen Umständen entgehen! Weil Ronald Schill diese Lektion in Hamburg beherzigte, konnte er seine politischen Gegner offensiv angehen. Möllemann hatte sich durch die unbedachten Äußerungen demgegenüber ohne Not in die Defensive gebracht und dadurch das Fundament seines eigenen ‚Projekts 18‘ untergraben.

Eine erfolgversprechende rechtspopulistische Strategie hätte neben einer konsequenten Anti-Establishment-Orientierung vor allem die Thematisierung des Zuwanderungsproblems erfordert, das in anderen Ländern längst zum wichtigsten Mobilisierungssissue der Rechtsaußenparteien avanciert ist. Für beides waren die Chancen in der FDP von Anfang an gering. Eine Anti-Establishment-Orientierung würde die notorische Regierungspartei FDP ihrem Wählerpublikum glaubwürdig nicht vermitteln können. Und für eine chauvinistische Politik in Sachen Einwanderung und Multikulturalismus gibt es innerhalb der Liberalen keine ideologische Basis mehr, nachdem die Partei ihre nationalen Traditionen, die in den fünfziger Jahren noch eine wichtige Rolle spielten, weitgehend abgeschüttelt hat. Das ruhmlose Ende des ‚Projekts 18‘ hat gezeigt, daß es in einer durch und durch bürgerlichen Partei wie der FDP, die zum Teil immer noch Züge einer Honoratiorenpartei trägt²⁰, nicht einmal möglich war, die Basis für eine gebremste populistische Strategie der Wähleransprache zu erwärmen. Insofern kam es für die Parteiführung um Guido Westerwelle gewiß nicht ungelegen, daß sie die Schuld am schwachen Bundestagswahlergebnis ganz auf Jürgen Möllemann abladen konnte. Dieser hatte sich durch seine Äußerungen und eine peinliche Flugblattaktion in der letzten Wahlkampfwoche so sehr isoliert, daß er aus der FDP verstoßen wurde und alle seine Ämter verlor.

²⁰ Vgl. P. LÖSCHE/F. WALTER, *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunfts Zweifel*, Darmstadt 1996.

Rechtspopulisten in der Bundesrepublik: zur Erfolglosigkeit verdammt?

Im Frühjahr 2003 erschien Möllemanns Buch *Klartext*, in dem der frühere Parteivize mit der FDP-Führung gnadenlos abrechnete.²¹ Möllemann konkretisierte darin die Vision einer liberalen Volkspartei, hielt sich aber, was seine eigene politische Rolle und Zukunft angeht, noch weitgehend bedeckt. Mit Möllemanns Freitod im Juni 2003 hat sich diese Frage auf tragische Weise erledigt. Die Einsicht, daß es für ihn diesmal keine Hoffnung auf ein neuerliches Comeback mehr geben würde, mag einer der Gründe für diesen Schritt gewesen sein, der den Schlußpunkt unter eine der bemerkenswertesten Politikerkarrieren der Bundesrepublik setzte. Wenn Möllemann seine vagen Andeutungen wahr gemacht und nach seinem erzwungenen Austritt aus der FDP (März 2003) eine neue Partei ins Leben gerufen hätte, so wäre diese Partei in der Tat mit denselben organisatorischen Problemen konfrontiert gewesen wie alle Neugründungsversuche vor ihr. Was die Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache angeht, war Möllemann der Konkurrenz hierzulande zweifellos weit voraus. Eine neue Partei hätte es ihm zudem erleichtert, eine Anti-Establishment-Strategie zu verfolgen, was in der bürgerlichen FDP – wie gesehen – nicht gelingen konnte (und darum auch nicht ernsthaft versucht wurde). Ob darüber hinaus thematische Gelegenheiten für eine ‚Möllemann-Partei‘ entstanden wären, bleibt allerdings die Frage. Eine weitere liberale Partei neben der FDP macht wenig Sinn und würde diese wohl kaum verdrängen können. Eine rechtspopulistisch ausgerichtete Gruppierung nach dem Vorbild der FPÖ stünde wiederum vor dem Problem, daß sie ihre restriktiven Positionen in Konkurrenz zur CDU/CSU vertreten müßte, die bisher noch alle Übergriffe von rechts erfolgreich abgewehrt hat.

Ganz oben auf der Liste der potentiellen Mobilisierungsthemen des Populismus steht auch in der Bundesrepublik die Migration. Daß fremdenfeindliche Parteien wie die Republikaner hierzulande – anders als der Front National und der Vlaams Blok – über gelegentliche Landtagswählerfolge nicht hinausgekommen sind, dürfte unter anderem an der bleibenden Fähigkeit des bürgerlichen Lagers gelegen haben, die Ausländerfrage als eigenes Thema zu reklamieren. Indem die Unionsparteien während ihrer 16-jährigen Regierungszeit an einem restriktiven Grundverständnis der Integration festhielten, vergrößerten sie zwar das eigentliche gesellschaftliche Problem. Gerade dadurch gelang es ihnen aber, das Aufkommen einer ausländerpolitischen Grundsatzdebatte zu verhindern, die den rechtspopulistischen Kräften womöglich Auftrieb verschafft hätte.

Mit dem Ende der Ära Kohl haben sich die strategischen Parameter der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik verändert. Die von der rot-grünen Regierung beabsichtigte Novellierung des überkommenen Staatsangehörigkeitsrechts, deren Herzstück die Regeleinführung einer doppelten Staatsbürgerschaft war, gab den Unionsparteien 1999 Gelegenheit, ihre Integrationsfähigkeit nach rechts durch eine öffentliche Kampagne gegen das Vorhaben zu

²¹ J.W. MÖLLEMANN, *Klartext. Für Deutschland*, München 2003.

beweisen. Die Kehrseite des Erfolgs war, daß das zuvor tabuisierte Thema damit auf der innenpolitischen Tagesordnung angekommen war. Für die C-Parteien könnte sich diese Politisierung, zu der sie durch eine von ihnen ausgelöste Debatte um den Begriff der ‚Leitkultur‘ selber beitragen, auf längere Sicht als Bumerang erweisen. Solange sie an der Regierung waren, hatten CDU und CSU die Möglichkeit, die mit der Zuwanderung verbundenen Probleme gewissermaßen durch ‚Nichtstun‘ zu verschleppen. In der Opposition sind sie dagegen genötigt, ihre restriktiven Positionen offen zu vertreten, was zu einer ungewollten Aufwertung der Rechtsaußenparteien beitragen könnte. Das Beispiel der französischen Neogaullisten lehrt, daß eine Anpassungsstrategie wenig geeignet ist, den radikalen Kräften die Unterstützung zu entziehen: Steigen deren Themen im Kurs, geraten die Mainstream-Parteien fast zwangsläufig in die Defensive.

Das Scheitern des Zuwanderungsgesetzes in der letzten Legislaturperiode hat das Dilemma noch einmal deutlich gemacht. Durch die bittere Erfahrung des hessischen Landtagswahlkampfes gemahnt, das Thema mit äußerster Vorsicht zu behandeln, war die regierende SPD zu weitreichenden Zugeständnissen bereit, um die Zustimmung der Union zu dem von ihr eingebrachten Gesetzesentwurf zu erreichen. Daß sich die Christdemokraten einem Kompromiß am Ende verweigerten, lag zum einen an den Verlockungen des heraufziehenden Bundestagswahlkampfes. Zum anderen wäre ein Einlenken einer Desavouierung des frischgebackenen Kanzlerkandidaten Stoiber gleichgekommen, der aus seiner generellen Skepsis gegenüber dem von Teilen der Partei eingeschlagenen Kompromißkurs keinen Hehl gemacht hatte. Auf Dauer wird die Union in dieser Verweigerungshaltung freilich nicht verharren können. In der Debatte ist ja zu Recht auf die weitgehenden Übereinstimmungen hingewiesen worden, die zwischen der Regierungsvorlage und dem Papier der sogenannten ‚Müller-Kommission‘ bestanden, in dem die CDU ihre Vorstellungen von einer modernen Zuwanderungspolitik formuliert hat. Daß die Christdemokraten hinter die dort gefundenen Einsichten wieder zurückfallen, ist angesichts des vorhandenen Problemdrucks in dieser Frage nur schwer vorstellbar. Gerade damit würden sie aber der rechten Konkurrenz ein Feld überlassen, das sich für die populistische Stimmungsmache wie kein anderes eignet.

Daß auch Unionspolitiker die Brisanz des Zuwanderungsthemas bisweilen verkennen, läßt sich beispielhaft an den jüngsten integrationspolitischen Vorstößen der nordrhein-westfälischen CDU ablesen. Deren Vorsitzender Jürgen Rüttgers hatte im Februar 2003 den an sich bedenkenswerten Vorschlag gemacht, die Quote der ausländischen Kinder in den Schulklassen künftig zu regulieren. In der Praxis würde das bedeuten, daß die ausländischen Kinder mit dem Bus hin- und hergefahren werden müßten, um sie auf die Schulen gerecht zu verteilen. Ob Rüttgers sich über die Tragweite seines Vorschlags im klaren war, ist fraglich. Es ist kaum anzunehmen, daß eine künstliche Erhöhung des ausländischen Schüleranteils in den besser situierten Wohngebieten von der dortigen deutschen Mehrheitsbevölkerung widerspruchslos hingenommen würde. In den USA, wo das ‚busing‘ in den sechziger Jahren erfunden wurde, rief die erzwungene Integration den geballten Protest der betroffenen Eltern hervor. Damit wurde sie zu einem Geburts-

helfer der sogenannten Neuen Rechten, die sich fortan innerhalb der Republikanischen Partei formierte und die spätere Gegenrevolution der Reagan-Ära vorwegnahm.²²

Die Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik muß also nicht von Dauer bleiben. So wie sich die politischen Gelegenheiten für eine neue Partei auftun bzw. verbessern können, so ist es auch vorstellbar, daß eine solche Kraft ihre Organisationsprobleme überwindet und ihr irgendwann einmal eine überzeugende Führerfigur zuwächst. Die Wahrscheinlichkeit, daß es dazu kommt, mag aufgrund der beschriebenen Restriktionen in Deutschland geringer sein als anderswo. Darauf verlassen sollte man sich jedoch nicht.

²² T.B. EDSALL/M.D. EDSALL, *Chain Reaction. The Impact of Race, Rights and Taxes on American Politics*, New York/London 1991.